

Europa Monitor

Nr. 4 im 2023



Finnland/Schweden

NATO reagiert auf Erdogan-Blockade

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hält es nicht mehr für nötig, dass Finnland und Schweden gleichzeitig in die NATO aufgenommen werden. „Die Hauptfrage ist nicht, ob Finnland und Schweden gemeinsam ratifiziert werden“, sagte er in Brüssel. Vielmehr komme es darauf an, „dass sie so schnell wie möglich als Vollmitglieder ratifiziert werden“. Intern wurde ergänzend darauf hingewiesen, dass ein früherer Beitritt Finnlands schon aufgrund seiner exponierten Lage an der Grenze zu Russland strategisch gerechtfertigt sei.



Jens Stoltenberg / Photo: dpa

Die NATO reagiert damit auf Äußerungen des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, der gesagt hatte, dass sein Land den Beitritt Finnlands vor Schweden ratifizieren könnte. Der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu hatte zuvor erklärt, warum sein Land erwägt,

den NATO-Beitritt Finnlands unabhängig von Schweden zu ratifizieren. In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg wies er dessen Einschätzung zurück, dass beide Länder die Verpflichtungen erfüllt haben, die sie in einer gemeinsamen Erklärung mit der Türkei im vorigen Jahr eingegangen waren. „Mit Finnland haben wir kein größeres Problem. Aber wir streichen heraus, dass Schweden konkrete Schritte unternehmen sollte“, sagte Cavusoglu. Es reiche nicht, wenn die türkischen Besorgnisse „nur auf dem Papier“ erfüllt werden, dies müsse sich auch in konkreten Handlungen niederschlagen. So würden die kurdischen Gruppen PKK und YPD in Schweden weiterhin Kämpfer rekrutieren, Terrorismus finanzieren und in der Öffentlichkeit Symbole und Poster mit ihrem Führer zeigen.

Stoltenberg traf anschließend mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan zusammen. Dabei ging es neben der Hilfe für Erdbebenopfer – der Anlass seines Türkeibesuchs – auch um den NATO-Beitritt der beiden Länder. Von den dreißig Mitgliedstaaten der Allianz haben nur Ungarn und die Türkei deren Beitrittsprotokolle noch nicht ratifiziert.

Erdogan hatte Ende Januar öffentlich gesagt, dass sein Land „Finnland eine andere Botschaft übermitteln“ könnte und „Schweden schockiert sein würde, wenn es unsere Botschaft sieht“. Seitdem erörterte Ankara mit Stoltenberg eine getrennte Ratifikation.

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock sagte bei einem Besuch in Stockholm, es

sei falsch, über Stoltenbergs Äußerungen zu spekulieren. Sie werbe dafür, dass Finnland und Schweden „schnellstmöglich beitreten können, weil es in unserem gemeinsamen Sicherheitsinteresse ist“. Der schwedische Außenminister Tobias Billström sagte, dass die Entscheidung beim türkischen Parlament liege und man darauf keinen Einfluss habe.

Europäische Union

Neue Sanktionen gegen Iran verabschiedet

Die EU-Außenminister haben wegen der schweren Menschenrechtsverletzungen im Iran neue Strafmaßnahmen beschlossen. Betroffen sind 32 Personen und zwei Organisationen, wie aus dem EU-Amtsblatt hervorgeht. Neben Richtern, Staatsanwälten und Gefängnisdirektoren wurden auch der iranische Kulturminister Mohammad-Mehdi Esmaeili sowie der iranische Bildungsminister Jussef Nuri auf die Sanktionsliste gesetzt.

Nuri wird unter anderem für die willkürliche Verhaftung von Schülern verantwortlich gemacht. Unter der Verantwortung von Esmaeili wurden laut EU zahlreiche iranische Musiker, Filmemacher, andere Kunstschaffende und Journalisten bedroht, verhaftet und aufgrund fadenscheiniger Anschuldigungen strafrechtlich verfolgt. Richter und Staatsanwälte werden insbesondere für Todesurteile gegen Demonstranten verantwortlich gemacht.



EU-Kommission / Photo: AP

Die Strafmaßnahmen sehen vor, in der EU vorhandene Vermögenswerte einzufrieren. Zudem dürfen die Betroffenen nicht mehr in die EU reisen.

Ziel der neuen Sanktionen sei, dass die Verhafteten im Iran, die zuvor friedlich protestiert hatten, freigelassen werden, erklärte Luxemburgs

Außenminister Jean Asselborn am Rande des EU-Treffens, bei dem die Sanktionen beschlossen wurden. „Das ist das Recht der Iraner, auf die Straße zu gehen und sich so anzuziehen, wie sie das wollen.“

Auslöser der landesweiten Proteste im Iran war der Tod der iranischen Kurdin Jina Mahsa Amini. Sie starb am 16. September im Polizeigewahrsam, nachdem sie von der Sittenpolizei wegen Verstoßes gegen die islamischen Kleidungs Vorschriften festgenommen worden war. Nach Einschätzung von Menschenrechtlern sind seit Beginn der Proteste im September 2022 mehr als 500 Menschen getötet und fast 20.000 Demonstranten festgenommen worden.

Türkei

Türkische Justiz geht gegen kritische Berichterstattung vor

Die Organisation Reporter ohne Grenzen (RSF) hat recherchiert, wie die türkische Regierung Journalisten mit physischer Gewalt, Festnahmen und digitaler Verfolgung unter Druck setzt und kritische Berichterstattung über staatliches Versagen nach dem verheerenden Erdbeben vom 6. Februar in der türkisch-syrischen Grenzregion zu verhindern sucht.

Zwei Tage nach dem ersten Beben seien die Journalisten Mahmut Altintas und Sema Caglak in der schwer getroffenen Gemeinde Birecik unter dem Vorwand festgenommen worden, sie besäßen keinen offiziellen Presseausweise. Altintas berichtet für die kurdische Mesopotamia Agency (MA), Caglak für die Frauennachrichtenagentur JinNews. Ein weiterer MA-Reporter, Mehmet Güles, sei nach seiner Festnahme wegen des Verdachts auf „Schüren von Hass“ zwar noch am selben Tag aus der Haft entlassen worden, stehe aber unter polizeilicher Aufsicht.

Weitere Journalisten würden etwa auf Twitter Opfer von Einschüchterungskampagnen – unter anderem durch türkische Politiker. Dass der Kurznachrichtendienst zeitweise eingeschränkt wurde, sei vor allem für die vom Erdbeben betroffenen Menschen fatal gewesen, wenn sie Hilferufe weiterleiten wollten. Bereits wenige Stunden nach dem Beben hatte der Präsident der türkischen Medienaufsichtsbehörde RTÜK, Ebubekir Sahin, Medien davor gewarnt, durch „Desinformationen“ Panik zu schüren: „Wir kön-

nen nicht die Augen vor Medien verschließen, die sich der Manipulation hingeben.“ Internationale Medien müssen sich um Akkreditierungen bemühen, um aus den Krisengebieten berichten zu können. Guillaume Perrier, Reporter der französischen Wochenzeitung „Le Point“, sei die Einreise bereits verwehrt worden.

RSF REPORTERS SANS FRONTIÈRES

Andrea Cozzolino / Photo: AP

„Die türkischen Behörden dürfen die Tragödie nicht ausnutzen, um die Pressefreiheit noch weiter einzuschränken“, sagte der RSF-Geschäftsführer Christian Mihr. Der Bundesvorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV), Frank Überall, sagte, die Berichterstattung nütze „den Erdbebenopfern, wie die überwältigende Welle der Hilfsbereitschaft in aller Welt zeigt, die ohne die erschütternden Bilder und Berichte aus der Region nicht zustande gekommen wäre“. Hintergründe auszuleuchten sei Aufgabe der Presse: „Das muss das Regime aushalten.“ Auf der Rangliste der Pressefreiheit, die Reporter ohne Grenzen seit 2002 veröffentlicht, liegt die Türkei auf Platz 149 von 180.

Münchner Sicherheitskonferenz **Golfstaaten fordern Dialog mit syrischem Diktator**

Saudi-Arabiens Außenminister Faisal bin Farhan Al Saud verkündete auf einem Panel bei der Münchner Sicherheitskonferenz etwas, das als Paradigmenwechsel in der Regionalpolitik des Königreichs interpretiert wurde. „Wir müssen mit der Regierung in Damaskus in einen Dialog treten“, forderte der Chefdiplomat. Als Begründung führte der Minister unter anderem die humanitäre Lage in Syrien an.

Der Minister sagte, es werde nun ein neuer Ansatz „formuliert“, um das Problem der syrischen Flüchtlinge in den Nachbarstaaten und das Leiden der Zivilbevölkerung anzugehen, insbesondere nach dem verheerenden Erdbeben, das Syrien und die Türkei heimgesucht hat. „Das muss also irgendwann zu einem Dialog mit

der Regierung in Damaskus führen, um zumindest die wichtigsten Ziele zu erreichen, insbesondere in Bezug auf die humanitäre Situation, die Rückkehr von Flüchtlingen usw.“, sagte er. Auf die Frage nach Berichten, dass er Damaskus nach Besuchen seiner Amtskollegen aus den Emiraten und Jordanien nach dem Erdbeben



Faisal Al Saud auf der Sicherheitskonferenz in München / Photo: MSC / AP

besuchen würde, sagte Prinz Faisal, er werde sich nicht zu Gerüchten äußern.

Die Vereinigten Arabischen Emirate haben de facto bereits eine Normalisierung der Beziehungen vorgenommen. Der jordanische sowie auch der emiratische Außenminister haben sich bereits dieses Jahr mit Baschar Al-Assad getroffen, Baschar Al-Assad wurde in Oman der rote Teppich ausgerollt. Sultan Haitham Bin Tareq höchstpersönlich nahm ihn am Flughafen in Empfang. Gleichzeitig öffnete Oman erstmals seinen Luftraum für die zivile israelische Luftfahrt – das Timing war womöglich ein Signal in beide Richtungen.

